

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Der Volksfreund. 1901-1932 1931

124 (1.6.1931)

Das Parlament der Arbeiter tagt

Verhandlungsbericht des Sozialdemokratischen Parteitages in Leipzig



Wichtige programmatische Eröffnungsrede von Wels / Scharfe Abrechnung mit den Nationalsozialisten und Kommunisten / Gleichberechtigung Deutschlands und Herabsetzung der Reparationslasten gefordert - Die Grenzlinie gegenüber Kabinett Brüning / Kampf für die Befreiung des arbeitenden Volkes aus den Ketten des Kapitalismus

Leipzig, 31. Mai. (Eig. Drahtb.) Um 6 Uhr wurde im Leipziger Volkshaus der Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands durch den Parteivorstand Otto Wels eröffnet. Er gedachte zunächst der Toten der Partei und ehrte nochmals mit tief empfundenen Worten den Menschen, den Parteiführer und den Staatsmann Hermann Müller. Hierauf begrüßte er den Vorsitzenden der Sozialistischen Arbeiterinternationale, Banderwilde, und die als Gäste zum Parteitag erschienenen 16 Vertreter der Bruderparteien aus der Sozialdemokratischen Arbeiter-Internationale.

In großer programmatischer Rede erklärte alsdann

Otto Wels:

Wir danken den Vertretern der Leipziger Organisation für die großartige und würdige Vorbereitung des Parteitages.

Leipzig

nimmt in der Parteigeschichte eine besondere Stellung ein. Der Ort, an dem wir tagen, ist ein Symbol unserer Bewegung. In denselben Räumen fand der Parteitag 1909 statt. Aber es ist nicht mehr das gleiche Gebäude; es ist inzwischen verfallen und erneuert worden. Während des Rapp-Buffches ist das Haus der Leipziger Arbeiter durch Feuer vernichtet worden. Die hingebende Opferbereitschaft des Leipziger Proletariats hat es schöner und größer neu erstehen lassen. So verbinden sich in unserer Bewegung das Alte mit dem Jungen. Wir danken der Leipziger und der sächsischen Arbeiterklasse, die mit einer so gewaltigen Kundgebung den Parteitag begrüßt hat. Hunderttausende haben heute das Gedächtnis für die Partei erneuert.

Auch hier wieder ein Erinnerung an 1909. Auch damals wollte die Reaktion, die in dem roten Sachsen besonders stark war, die Abhaltung des Parteitages verhindern. Die Leipziger Arbeiterklasse aber hat sich damals durchgesetzt. Unter der begeisterten Anteilnahme der arbeitenden Bevölkerung konnten die Vertreter des deutschen Proletariats im damals noch neuen Volkshaus ihre Beratungen abhalten (lebhafter Beifall). Auch diesmal haben wiederum einigte Behörden geglaubt, durch eine Politik der Nadelstiche die Kundgebung der Arbeiterklasse zu ihrer Partei verhindern zu können. Die Leipziger Arbeiter haben ihnen heute die richtige Antwort gegeben.

Hunderttausende sind heute aufmarschiert, um für den unaufhaltbaren Sieg des Sozialismus zu zeugen.

Es marschieren die Alten, die seit Jahrzehnten der Bewegung die Treue halten. Es marschieren die Generation, die vier Jahre lang an der Front lag; die sozialistische Arbeiterjugend, halbe Kinder noch und trotzdem schon in den Erwerbskampf gestellt, die „Roten Falten“, die Organisation der Kinderfreunde! (Anhaltender Beifall.) Diese Kundgebung war eine Feierstunde. Sie wird uns unvergesslich bleiben. Sie wird als Bekenntnis der arbeitenden Massen für die Sozialdemokratische Partei über unsere Verhandlungen leuchten. Sie wird uns als aufwühlende Erinnerung bleiben, wenn wir in den Alltag unseres Kampfes zurückkehren sind (stürmischer Beifall).

Dieser Alltag läßt uns noch einmal zurückblicken auf den Leipziger Parteitag von 1909. Ich trage Ihnen vor aus dem Bericht des Parteivorstandes an den Parteitag von 1909:

„Zwei Jahre dauert die Krise an. Sie wirkt hemmend auf den Ausbau unserer Organisation und die Vertreibung der Parteipresse. Die Gewerkschaften und die Partei in Groß-Berlin haben bei einer Arbeitslosenrechnung 101 300 Arbeitslose ermittelt. Seit längerer Zeit gibt es in Deutschland mehr als eine Million Arbeitslose. Auch für den vollbeschäftigten Arbeiter sinkt das Einkommen. Die Not wird verschärft dadurch, daß gleichzeitig eine Erhöhung der Lebensmittelpreise eintrat. Die Roggenpreise stiegen 1907 auf eine selten erreichte Höhe. Die Weizenpreise erreichten im Frühjahr 1909 den Gipfel. Der im März 1909 in Kraft getretene Wuchertarif trat in dem Augenblick in volle Wirkung, als infolge der Krise die Löhne zurückgingen. Die Genossen in fast allen Gegenden klagen, daß die Arbeitslosigkeit die Organisation und den Abonnementenstand der Parteipresse schwäche.“

Aber ein großer Unterschied ist zwischen der damaligen Zeit und dem Heute. Damals mußte der Parteivorstand berichten, daß die Arbeitslosigkeit Organisation und Presse schwächte. Heute aber können wir mit Genugtuung mitteilen, daß trotz der viel schwereren Wirtschaftskrise, trotz der grausamsten Arbeitslosigkeit, die je zu verzeichnen war, die Organisation der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands innerhalb von zwei Jahren um mehr als 100 000 Mitglieder gewachsen und damit die Million überschritten worden ist. (Anhaltender stürmischer Beifall.)

Seit dem Abschluß unseres Berichts ist unter der Parole „Wo bleibt der zweite Mann?“ die Mitgliederzahl weiter gewachsen.

Die immerwährende Mahnung dieser Parole hat da eingeleitet, wo wir einzeln begannen: In der Kleinarbeit. Wir lassen nicht nach, bis die Parole erfüllt ist! Der Parteivorstand macht sich nicht an diesen Erfolg verurteilt zu haben. Was wäre die Partei ohne die hingebende Arbeit ihrer Funktionäre? (Lebhafter Beifall.)

Wir marschieren gemeinsam, auch wenn zeitweise greifbare politische Erfolge ausbleiben. Wir kämpfen mit verdoppeltem Eifer weiter, auch wenn vorübergehend politische Mißerfolge eintreten. Es geht für uns nicht allein um diese oder jene Tagesforderung. Es ist das sozialistische Ziel, dem wir unermüdet nachstreben. (Lebhafter Beifall.)

Wir stürzen den Gedanken des Sozialismus in den breiten Massen des Volkes Wurzel geschlagen hat, zeigt am besten die Tatsache, daß die reaktionärste Bewegung unserer Zeit, die nationalsozialistische Partei den Begriff Sozialismus und den Namen der Arbeiter schändet, indem sie sich ihrer bedient. Schwerindustrielle und Großbankiers, Hohensoffenprinzen und abgetaktete Generale — und das nennt sich eine sozialistische Arbeiterpartei!

Aber so lächerlich diese Profanierung der uns teuren Begriffe auch ist, so zeigt sie uns doch, wie allgemein die Erkenntnis davon ist, daß es aus dem Elend der kapitalistischen Wirtschaft nur einen Ausweg geben kann: den Sozialismus, und daß der Kampf um

den Sozialismus nur von einer Klasse geführt werden kann; von der Arbeiterklasse. (Stürmischer Beifall.)

Sittler schießt jetzt vor Legalität über.

Im Zeichen dieser „Legalität“ soll der Monarchismus in Deutschland wieder hergestellt werden, im Zeichen dieser „Legalität“ sollen aber auch alle politischen Freiheiten, alle sozialen Rechte vernichtet werden, die die arbeitende Klasse in jahrzehntelangem opferreichem Kampf errungen hat. Wir aber haben heute den Nationalsozialisten und allen denen, die mit ihnen sympathisieren: Wir pfeifen auf eure „Legalität“. (Stürmischer Beifall.) Wir wissen, daß sich dahinter die nackte Reaktion nach dem Muster Italiens verbirgt.

Legal oder illegal! Wenn die Nationalsozialisten den Versuch machen sollten, die von ihnen verkündete reaktionäre Gewalt Herrschaft über das deutsche Volk zu erringen, so wird die deutsche Arbeiterklasse den Kampf zu führen wissen, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln. Wir wollen nicht mit den Waffen der Barbaren kämpfen, aber die Millionen des wertvollen Volkes stehen bereit, um bis zum letzten Blutstropfen die demokratische Freiheit, und die sozialen Rechte zu verteidigen. (Wiederholter stürmischer Beifall, große Bewegung.)

Das erklären wir in voller Würdigung der schweren wirtschaftlichen Lage, in der das deutsche Volk sich befindet. Wir wissen, daß jede gewaltsame Auseinandersetzung nicht nur den politischen Zusammenbruch herbeiführt, sondern auch die Krise bis zur wirtschaftlichen Katastrophe des deutschen Volkes treiben muß. (Stürmischer Beifall.)

Es war nicht Furcht vor den Prahlereien der deutschen Faschisten nach dem 14. September, der unsere taktische Haltung galt, sondern es entspricht durchaus unsere Grundgedanken, daß jeder Versuch unternommen werden muß, um die schwierigen wirtschaftlichen und sozialen Probleme auf friedliche Weise zu lösen. Wir wissen, daß wir mit dieser Taktik des Ausweichens die härtesten Anforderungen an die Disziplin und Selbstbeherrschung unserer Anhänger gestellt haben. Wir sind stolz darauf, daß trotz der von uns ausgehenden nicht populären Taktik die Massen des arbeitenden Volkes zu uns stehen, daß unsere Organisation von Monat zu Monat stärker wird. (Stürmischer Beifall.) Die Aufgaben, die



Otto Wels, Parteivorstand

heute der Demokratie gestellt sind, kann sie nur erfüllen, wenn sie von gegenseitigem Vertrauen durchflutet ist. Parteigenossen!

Wir stehen in einem Abwehrkampf von weltgeschichtlicher Bedeutung für die Demokratie und damit für den Sozialismus!

Demokratie oder Diktatur, das ist die Frage. Der Erfolg hängt von dem Vertrauen ab, der in den kämpfenden Vorkämpfern zwischen Führern und Massen besteht. Kommunisten und Faschisten suchen mehr und mehr dieses Vertrauen in der Arbeiterbewegung zu untergraben. „Misstrauen ist eine demokratische Tugend.“ Gut! Aber wer jetzt im Lager der Demokratie nichts anderes zu tun hat, als Misstrauen zu säen, befördert die Arbeit der Kapitalisten, der Diktatur! (Stürmischer Beifall.)

Alle Welt weiß es, daß die Politik der Regierung, die jetzt an der Spitze des Reiches steht, nicht unsere Politik ist.

Wir haben niemals einen Zweifel darüber gelassen, daß wir jede Verantwortung für die Handlungen der gegenwärtigen Reichsregierung ablehnen müssen. Das bezieht sich vor allem auf die Wirtschaftspolitik. Wir müssen der Regierung zum Vorwurf machen, daß sie eine Wirtschaftspolitik befördert hat, die den kurzfristigen Standpunkt eines selbsttätigen Unternehmers mehr entspricht, als den Interessen der breiten Massen. Partei und Gewerkschaften haben seit längerer Zeit in programmatischen Kundgebungen und genaunen Einzelplänen Wege zur Wiedergewinnung der deutschen Wirtschaft angedeutet.

Wir verlangen die Hebung der Massenkaufkraft durch Senkung der Warenpreise auf den Stand des Weltmarktes, Erhaltung der Kaufkraft durch Sicherung des Arbeitslohnes, energischen Ausbau des Handelsverkehrs-Systems vor allem mit Ländern, in denen wir unsere Industrieerzeugnisse absetzen.

Wir meinen, wo die Ertragskraft der Landwirtschaft gesteigert und der Agrarkrise wirksam begegnet werden könne durch Schaffung eines besseren Verhältnisses zwischen landwirtschaftlicher Erzeugung und städtischem Verbrauch. Wir fordern allgemeine Ersetzung der Arbeitszeit auf 40 Stunden, um für viele hunderttausend neue Arbeitsplätze zu sichern.

Nichts von all dem ist geschehen!

Die Folge ist die Verschärfung der Wirtschaftskrise und die unangenehme Verschlechterung der Finanzen aller öffentlichen Körperschaften. Wie oft haben wir in der letzten Zeit von Sanierungsprogrammen und Finanzprogrammen gehört. Es ist bisher stets

beim alten geblieben. Auch hier hat es die Sozialdemokratie an Weisheit der Kritik nicht fehlen lassen. Vom Standpunkt der Volksgemeinschaft aus gesehen ist es eine selbstverständliche Forderung, daß in Zeiten wirtschaftlicher Not die bestehenden Klassen in verstärktem Maße an den Lafen des Staates herangezogen werden. (Stürmischer Beifall.)

Bei der Aufbringung der Staatslasten aber versagen regelmäßig die vaterländischen Gefühle der bestehenden Klassen und ihrer Parteien.

Die Wirtschafts- und Finanzkrise konnte natürlich nicht ohne Einfluß auf den Stand unserer Sozialpolitik bleiben. Wenn je das Wort von der gegenseitigen Hilfe, die das oberste Gebot des Volkstaates sein sollte, verwirklicht werden müßte, dann in diesen Zeiten. Was geschah jedoch? An den Ausgaben für die Reichswehr ist bisher nichts erspart worden, umfomehr jedoch an den Ausgaben für soziale Zwecke. (Stürmischer Beifall.)

Wir können es uns als Verdienst anrechnen, daß es uns gelungen ist, die Angriffe des Unternehmers auf die Sozialgesetzgebung im allgemeinen abzuwehren.

Wir dürfen weiter feststellen, daß die deutsche Republik, das deutsche Volk im Jahre 1912 um 12 Milliarden Mark für seine sozialen Einrichtungen ausgiebt und sich damit noch immer neben anderen Nationen sehen lassen kann. (Bravo!) Trotzdem sind die auf Drängen der Unternehmerverbände eingeführten sozialpolitischen Verschärfungen besonders in der Arbeitslosenversicherung und in der Krankenversicherung so erheblich, daß wir die größten Anstrengungen machen müssen, um sie wieder zu beseitigen. (Lebhaftes Beifall.)

Kann man aber die reaktionäre Gesinnung vom Standpunkt des Unternehmers aus verstehen, so muß man es

als eine Schande bezeichnen, wenn eine Partei, die sich Arbeiterpartei nennt, in der gefährlichsten und niederträchtigsten Weise die deutsche Sozialgesetzgebung herabzusetzen sucht.

Vor wenigen Tagen erst hat der nationalsozialistische Minister Franz in Braunshweig, einer der prominentesten Führer der Vaterlandspartei, die Erwerbslosenunterstützungsmittel seiner Strafbefehle wegen des Schultreits als Armenheimdempänger bezeichnet. (Anhaltender stürmischer Beifall.)

In der feierlichen Zeit, die die Nationalsozialisten wieder erneuern wollen, war es der größte Schimpf, Armenheimdempänger zu sein. Wer Armenunterstützung erhielt, ging aller seiner politischen Rechte verlustig. Er wurde zum Staatsbürger zweiter Klasse gestempelt. Weiß der Herr Minister Franz nicht, daß die Arbeiter und Angehörigen ein gleiches Recht auf die Unterstützung aus der Arbeitslosenversicherung haben? Ist es diesem Manne und seiner Partei noch nicht aufgegangen, daß es keine höhere Pflicht für den Staat gibt, als für die Opfer des Krieges, der Arbeit und des Alters zu sorgen?

Es ist mir Recht darauf hingewiesen worden, daß die hohen Reparationszahlungen zu einer Verschärfung unserer Not beigetragen haben. Die Sozialdemokratische Partei hat niemals ein Hehl aus ihren Anschauungen gemacht, daß zuerst für Brot und dann erst für Reparationen gesorgt werden müsse. Wenn wir dem Dawes-Abkommen und dem Youngplan zugestimmt haben, so geschah das nicht, weil wir mit der hohen Belastung des deutschen Volkes ausankeln anderer Staaten einverstanden waren, sondern weil wir damit noch schlimmeres verhindern wollten. (Lebhaftes Beifall.) Wir brauchen nur daran zu erinnern, daß das Dawes-Abkommen der Ruhrbesetzung ein Ende gemacht hat, daß der Youngplan nicht nur die Daweslasten nicht herabsetzte, sondern auch die Befreiung der Rheinlande herbeiführte.

Wir dürfen für uns das Recht in Anspruch nehmen, eine weitere Herabsetzung der Reparationszahlungen und der schließlichen Befreiung jeder Reparationslasten zu fordern, damit Deutschland tatsächlich die Gleichberechtigung unter den Völkern zurückgewinnt.

Wir können Verträge halten ohne die Bindung für uns sie zu erhalten. (Lebhafter Beifall.) Es ist aber vollendete Demagogie, wenn die, die den Zusammenbruch des deutschen Volkes verursacht haben, die mit Schuld an der Fortdauer des deutschen Volkes bis zum Reichskolon unter dem Sozialismus, den Marxismus beschuldigen, sie hätten die Reparationslasten erst verursacht. Dieses Geschwätz ist bereits mit der Feststellung abgetan, daß

Sittler,

der vor dem 14. September die Youngpläne zerrissen wollte, nach dem Wachttag England und Amerika versicherte, daß er, wenn er zur Herrschaft käme, nicht daran denke, die bestehenden Verträge zu verletzen.

Nun noch ein paar Worte über die Kommunisten.

Parteigenossen! Für jene Partei arbeitet die Wirtschaftskrise. Siehe es nicht, die Frucht 70jähriger Arbeit daransehen, und mühten wir nicht in die Erde sinken vor Scham, das Erbe der von uns gegangenen Generationen verkleudert zu haben, wäre das Experiment nicht so teuer bezahlt und würde es nicht diejenige verfluchen, die heute so tun, als könne es nicht schlimmer werden, — der Ansehensunterricht — das Selbsterleben dessen, was der italienischen Bevölkerung und den russischen Arbeitern und Bauern zugemutet wird, würde die Unfähigkeit jener Partei so an den Tag bringen, daß sie um jeden Kredit käme. (Stürmischer, lang anhaltender Beifall.)

In Rußland hängt alles von dem Gelingen des Fünfjahresplanes ab. Es gibt niemanden in der Sozialdemokratie, der ein Interesse an dem Scheitern dieses Planes hat. (Stürmischer Beifall.) Der industrielle Fünfjahresplan, so ist auch die Kollektivierung des fachen Landes gescheitert und die Großbauern werden entscheidenden politischen Einfluß erlangen. Die russischen Bauern, die das in der Revolution erhaltene Land gegen die Konterrevolution der Wrangel und Denikin verteidigten, verteidigen es heute in Wahrheit gegen die Kommunisten. Die Sowjets waren im Jahre 1918 einmal das Organ

Freistaat Baden

Die Beschwerde über das Führerverbot verworfen

Das Reichsgericht gegen die maßlose Hege der badischen Nazi

Der nationalsozialistische Führer muß als Ergebnis seiner Beschwerde gegen das 14tägige Verbot folgende Entscheidung des Reichsgerichts in Leipzig melden:

Das Reichsgericht hat durch den Vizepräsidenten Dr. Bader erhobene Beschwerde gegen das vierzehntägige Verbot des Führers folgenden Beschlus erlassen: Die Beschwerde wird auf Kosten des Beschwerdeführers verworfen. In der Begründung heißt es nach dem genannten Beschlus, daß in den beanstandeten Artikeln des Führers der fittliche Wert der Karlsruhe Polizeiorgane angegriffen sei mit dem erkennbaren Ziel, die Polizei verächtlich zu machen. Die Kundgebung enthalte zugleich eine beleidigende Mißachtung in roher und besonnen verletzender Form.

Diese Entscheidung beweist, daß das Verbot des Führers nicht nur berechtigt war, sondern daß die Hege der Nationalsozialisten ein Ausmaß hat, das unerträglich ist und gegen die daher im Interesse der Staatsordnung von der Regierung vorgegangen werden muß.

„Reichsbannerheldentaten“

Naziüberfall auf Kinder

Der Gauvorstand des Reichsbanners Baden schreibt uns: Unter obiger Überschrift bringt der nationalsozialistische Führer in Folge 114 vom 29. Mai 1931 einen Bericht aus Baden, der in seiner „objektiven Darstellung“ feststellen will, daß das Reichsbanner am letzten Sonntag in Badenburg die Nationalsozialisten überfallen habe. Tatsache ist aber, daß das Reichsbanner mit der Sache überhaupt nichts zu tun hat, da es sich um einen Überfall der Nationalsozialisten auf eine Kindergruppe der Freien Turnerschaft Badenburg handelte, die von auswärts kam. Es blieb den Nationalsozialisten vorbehalten, mehrere Kinder der Turnerschaft zu verprügeln, nachdem vorher die mitgeführten Fahnen bespuckt worden waren. Reichsbannerleute kamen erst an die Überfallstelle als die Fahnen des Reichsbanners bereits wieder ihre Autos besetzten hatten und davon fuhren. Dies zur Steuer der Wahrheit.

Kommunistische Demagogie

Die Mannheimer Arbeiterzeitung veröffentlicht in ihrer Nummer 110 vom 27. Mai d. J. einen Artikel, bei dem Ueberstrich trägt: „Kleines SPD-Mebel, Kulturkampf, Klemme, Schuleraß, ein sozialistischer Hochhüter wird von Reichsboten niedergeschlagen und der Sozialdemokrat Klemme wird ihm aus der Schule.“

Der diesem demagogischen Artikel zugrunde liegende Sachverhalt ist, wie die Mannheimer Volksstimme mittelt, folgender: Die KNSM, von Bensheim machte am 4. Januar d. J. nach Reichenbach i. D. einen Propagandaausflug. Dieser Ausmarsch wurde von der heftigen Polizei überwacht. Von Bensheim kamen 40 Kommunisten nachmarschiert und eriffen die Nationalsozialisten an. Die Polizei schlichtete den Streit. Der der kommunistischen Schülerorganisation Mannheim angehörende Oberprimar Kurt Weber kam auf einem Ausflug zu diesem Treffen. Weil er mit einem Kränzel nachmarschiert, verurteilte ihn das Gericht in Darmstadt wegen Landstreichensbruch zu sechs Monaten Gefängnis.

Mit diesem Vorgang hatte die Schule nichts zu tun. Wohl aber machte sich Weber wegen seiner Zugehörigkeit zu einem staatsfeindlichen Schülerbund strafbar. Die Lehrerkonferenz der Tulla-Oberrealschule folgte diese Verbotsüberbreitung mit einer Konferenz von acht Stunden. Gleichzeitig rief sie die Entscheidung des Unterrichtsministeriums darüber an, ob Weber zur Reifeprüfung zugelassen werden könne. Die zuständigen Referenten des

Ministeriums haben angeordnet, es solle Weber zur schriftlichen Prüfung zugelassen werden, von der mündlichen Prüfung aber ausgeschlossen bleiben, bis die anhängige Strafsache zur Entscheidung kam. Nach Erledigung des Verfahrens, so war in dem von der Arbeiterzeitung beanstandeten Erlass des Ministeriums auszuführen, sollte Weber gegebenenfalls nachträglich zu einer außerordentlichen mündlichen Reifeprüfung zugelassen werden. Ueber diese letztere Frage ist bis jetzt noch nicht entschieden.

Die Arbeiterzeitung meint, der Kultusminister habe sich gefreut, daß er endlich einmal ein „Exempel“ statuieren konnte. Dies ist jedoch keineswegs der Fall. Im Gegenteil, er bedauert es sehr, daß durch die kommunistische Antitation manch ein tüchtiger Schüler in seinem Fortkommen außerordentlich gehindert wird. Mit der Sache selbst hat Minister Klemme mit keinem Federstrich etwas zu tun gehabt. Geheime Befehle zur Ueberwachung der Tätigkeit des kommunistischen Schülerbundes gibt es nicht. Die hierfür erforderlichen Anordnungen sind jedermann bekannt.

Mißlungene Attacke

Der nationalsozialistische Führer verucht, die Affäre der Bad. Landeszeitung in Baden-Baden mit den Hintermännern Schwegel und Levita zu einer Attacke gegen die Sozialdemokratie zu benutzen. Die Sozialdemokratie hat, wie jedermann weiß, mit dem einstigen Zentrumsblatt Badische Volkszeitung in Baden-Baden noch nie irgend etwas zu tun gehabt und was die beiden genannten Hintermänner dieses Blattes betrifft, so ist auch in dieser Hinsicht die Sozialdemokratie reinen Gewissens.

Was Schwegel betrifft, so gehörte er im Jahre 1929 in Dortmund ein paar Monate der Sozialdemokratie an. Womit die angeblichen „Beziehungen“ von Schwegel und Sozialdemokratie erloschen waren. Was Levita betrifft, so hat dieser sich ebenfalls in Dortmund zur Sozialdemokratie angemeldet und ist dann in Baden-Baden dem dortigen Ortsverein beigetreten. Seine geschäftliche Tätigkeit erstreckte sich bald beim Landesvorstand und dem kommunalpolitischen Ausschuss Mißtrauen und die Baden-Badener Genossen wurden deshalb ermahnt, Levita vorsichtig im Auge zu behalten. Da jedoch damals noch kein stichhaltiges Material gegen Levita beizubringen war, mußte man zunächst mit einem Vorstoß gegen ihn zuwarten. Das nun einmal erwachte Mißtrauen veranlaßte den Landesvorstand der badischen Sozialdemokratie immer wieder Levita aufs Korn zu nehmen, ohne daß man jedoch positive Angaben in die Hand bekommen konnte, die ausreichten, gegen ihn vorzugehen. Als dann in Baden-Baden bekannt wurde, daß Levita in die Direktion des bisherigen Zentrumsblattes in Baden-Baden eingetreten war und man seine unklare Rolle besser durchschauen konnte, beschloß der Landesvorstand den Baden-Badener Genossen die Anweisung zu geben, Levita kurzerhand ohne Eröffnung eines Ausschlußverfahrens aus der Mitgliedsliste der Sozialdemokratischen Partei zu streichen. Levita wurde sonach, sobald in der Angelegenheit etwas klar gegeben wurde, sofort aus der Sozialdemokratischen Partei ausgeschlossen.

Die Sozialdemokratie war sonach immer bemüht, sich über Levita Klarheit zu verschaffen und sie hat, sobald sie Klar haben konnte, kurzen Prozeß mit ihm gemacht. Die Attacke des Führers ist daher mißlungen und die Sozialdemokratie kann es daher ruhigen Gewissens ablehnen, irgendwie mit den Herren Schwegel und Levita in Zusammenhang gebracht zu werden — möchte es auch den Hebern noch so sehr in den Kram passen, „Beziehungen“ festzustellen.

Zusammenkunft badischer u. württembergischer Landtagsmitglieder

Am Mittwoch, den 10. Juni, wird der württembergische Landtag den Neckarflanz besichtigen und dann von Eberbach mit dem Schiff nach Heidelberg fahren. Ein parlamentarischer Abend dort soll in Anbetracht der Zeitverhältnisse nicht stattfinden; doch soll in Heidelberg Gelegenheit geboten sein, zu einer swanglosen Zusammenkunft mit den Mitgliedern des Badischen Landtags, die dazu eingeladen werden.

Reinigungsarbeit in Thüringen

Wetterlezwirtschaft des Hakenkreuzes wird beseitigt

Der thüringische Landtag lehnte den Vertrag, den der ehemalige Minister Fried mit seinem Parteifreund Schulze-Naumburg als Leiter der Kunsthochschule in Weimar im März 1930 abgeschlossen hatte, mit großer Mehrheit ab. Die Redner aller Parteien, ausgenommen die Deutschnationalen und Nationalsozialisten, erklärten übereinstimmend, daß der Vertrag rechtsunwürdig sei, weil Fried ihn dem Landtag zur Genehmigung nicht vorgelegt habe, obwohl auf das Verlangen des Finanzministers Raum und Zustimmung des Kabinetts die Worte „vorbehalten“ der Zustimmung des Landtags in den Vertrag aufgenommen worden waren. Der Landtag nahm zugleich einen Antrag an, nachdem der ehemalige Kultusminister Fried für alle sich aus der Unzulässigkeitserklärung des Vertrags ergebenden finanziellen Schwierigkeiten ersatzpflichtig gemacht werden soll.

Der Landtag nahm ferner eine sozialdemokratische Entscheidung an, die besagt, daß der Landtag die Berufung des nationalsozialistischen Professors Günther an die Universität Jena mißbilligt, da ein solches wissenschaftliches Bedürfnis für diese Berufung nicht vorlag und die Neuerrichtung überflüssiger Lehrstühle bei der finanziellen Notlage des Landes Thüringen nicht verantwortet werden kann. Für diese Entscheidung stimmte auch die Deutsche Volkspartei.

Im Verlauf der zweiten Lesung des Polizeietats stellte ein Regierungsvertreter fest, daß die Note Hilfe in Jena den Attentäter, der kürzlich auf Professor Günther mehrere Schüsse abgegeben habe, der Polizei zuführte. Die Note Hilfe habe infolgedessen Anspruch auf die für die Errettung des Täters ausgelegte Belohnung von 500 M. Sie habe allerdings auf diese Belohnung verzichtet.

Die Nationalsozialisten stimmten im weiteren Verlauf der Sitzung unter anderem dem Etat für die Kirche zu, in dem auch die Ausgaben für Rabbiner enthalten sind. Diese Feststellungen rief lebhafteste Heiterkeit hervor.

Industriegelder für Hakenkreuz

Die Frankfurter Zeitung gibt die auch von uns bekanntgegebene Mitteilung der Rheinischen Zeitung über neue gewaltige

Summen (eine halbe Million) des Bergbau-lichen Vereins für die Nationalsozialisten wieder und stellt dabei, gegenüber dem sofort erfolgten Desmenti eines der Industrie naheliegenden Blattes fest, daß nach ihrer Kenntnis der Dinge die Mitteilung der Rheinischen Zeitung richtig ist. Denn, so erklärt das Frankfurter Blatt, soviel es weiß, hat „nämlich auch die Reichsregierung eine Mitteilung über die Subventionierung der Hitlerbewegung durch den Bergbauischen Verein erhalten. Sie wird von ihr als zutreffend erachtet“.

Bechergeld für Hitler



„Weiß' Brot ich eh, deß' Lied ich sing.“

des Massenwillens, aber heute ist der Einfluß der Sowjets bedeutend geschwächt. Es herrscht allein die Diktatur der Bürokratie über das Proletariat und über die Bauern. Der Staat ist nur noch ein Märchen für die aufgäugigen Kinder (Stürmische sehr richtig!) Die Erscheinungen in Rußland zeigen die Wahrheit der großen Lehren von Karl Marx. Die Befreiung des Proletariats kann nur sein eigenes Werk sein. Der Kriegskommunismus, der höchstens bis zum Frühjahr 1921 währte, ist zusammengebrochen und wir leben jetzt in Rußland einen neuen Versuch der produktiven Kräfte des Landes, im Staat kapitalistische Formen zu entwickeln. Die roten Lehren des Kommunismus dienen nur dazu, das innere Wesen der kapitalistischen Wirtschaft zu verhüllen. In Rußland wird jetzt das geschaffen, was in anderen Ländern der Kapitalismus geschaffen hat: Aufbau einer großen Industrie auf Kosten der wertvollen Massen. An den Fabriken sind die russischen Arbeiter ebenwomöglich beteiligt, wie die Arbeiter in den kapitalistischen Ländern. Kommunismus ist Kapitalismus, nicht Sozialismus! Dieses Schicksal zeigt, wie man in der kapitalistischen Welt die wirtschaftliche Situation in Sowjetrußland aufsoht. Die politische Kirchenskrise in Rußland erinnert an die folgenden Worte Nola Luxemburgs:

„Mit dem Erdrücken des politischen Lebens im ganzen Land muß auch das Leben in den Sowjets immer mehr erliegen. Ohne allgemeine Wahlen, Presse- und Versammlungsfreiheit, freien Meinungsstaus, erträgt das Leben in jeder öffentlichen Institution, wird zum Scheinleben, indem die Bürokratie allein das tätige Element bleibt. Das öffentliche Leben schläft allmählich ein. Im Grunde also eine Fiktion, eine Diktatur allerdings, aber nicht die Diktatur des Proletariats, sondern die Diktatur einer Handvoll Politiker.“ (Stürmische hört, hört!)

Das schrieb Nola Luxemburg im Sommer 1918 und die Gegenwart gibt ihr Recht.

Der aufgefällte Absolutismus ist nicht die Regierungsform der sich bildenden sozialistischen Gesellschaft.

Zur Herrschaft der Gesellschaft über die Produktionsmittel braucht es die Freiheit, die Demokratie, und die tiefste aller Lehren, die wir aus Rußland, aus jener Entwicklung kennen können ist, daß ohne Demokratie der Sozialismus nicht möglich ist. (Stürmische Zustimmung.)

Deshalb war unsere Gesamtpolitik nur stets darauf gerichtet, den Interessen des arbeitenden Volkes zu dienen. Der Sturz des Kabinetts Müller im vorigen Jahre ist nicht erfolgt, weil wir zu wenig für das deutsche Proletariat getan haben, sondern weil die bestehenden Klassen fürchten, daß eine Regierung unter sozialdemokratischer Beteiligung in der Krise zwei für das arbeitende Volk tun könne.

Wir brauchen nur die Zeit zu verstreichen, in der das Kabinett Hermann Müller regierte mit der heutigen Zeit, in der kein Sozialdemokrat der Regierung angehört, um den Zweck des Sturzes des Kabinetts Müller zu erkennen.

Die Reichstagswahl vom 14. September hat die Situation für das arbeitende Volk noch wesentlich verschlechtert, und nunmehr mußte unsere politische Taktik darauf eingestellt sein, das größte Unrecht zu verhüten, das über das deutsche Volk kommen konnte: Die Erziehung einer offenen oder verdeckten faschistischen Gewalthererrschaft.

Dem enkesselten gewalttätigen Nationalismus leisten wir einen wahren Radikalismus unserer Gedankenwelt entgegen.

Der Weg, den wir zu gehen haben, liegt klar vor unseren Augen. Daß er ein frieblicher sei, ist unser Wille — aber unsere Gegner werden uns gerüstet finden, wenn Völligkeit und Macht über uns von diesem Weg abzubringen versuchen.

Nicht zähnen wir den Feind, Nicht die Gefahren all!

(Begeisterter, langanhaltender Beifallssturm.) Mit der republikanischen Staatsform und den demokratischen Rechten verteidigen wir

die Grundlagen für den Kampf des arbeitenden Volkes um höhere Lebensgiltung.

Die Diktatur bringt die völlige Verelendung der breiten Massen unseres Volkes. Das ist in Rußland heute ebenso wie in Italien, und wenn das spanische Volk zugleich mit der Diktatur die Monarchie beseitigt, so schuf es damit die Voraussetzungen, um durch den sozialen Kampf eine Verbesserung seiner Lebenslage zu erzielen.

Unser Parteitag wird nunmehr zu prüfen haben, ob unsere Taktik richtig war, oder ob sie in wesentlichen Punkten geändert werden muß.

In voller Offenheit werden wir, wie immer, über unsere Tätigkeit sprechen. In voller Offenheit werden wir aber neue Waffen zu schmieden haben, die dem Befreiungskampf des arbeitenden Volkes dienen können.

Und so wollen wir an die Arbeit unseres Parteitages gehen mit dem festen Willen ihn zu einem leuchtenden Punkt in der weiteren Entwicklung der deutschen Arbeiterbewegung zu machen. Unsere Beschlüsse werden getragen sein von dem hohen Gedanken, daß sie die bindenden Ziele für unsere Kampfgemeinschaft sein müssen. Wägen wir in einzelnen Fragen verschiedene Meinungen sein, so gilt auch für unsere Genossenschaft, und so gilt für diesen Parteitag nur die eine Lösung:

Kampf für die Befreiung des arbeitenden Volkes aus den Ketten des kapitalistischen Wirtschaftssystems! Kampf für die Errichtung einer Gesellschaftsordnung auf sozialistischer Grundlage! Niebes mit der Reaktion! Es lebe der Sozialismus!

Stürmischer, immer wiederholter, begeistertster Beifall folgte der begeisterten Rede.

Damit erkläre ich den Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands für eröffnet.

Der Parteitag wählte dann zum Vorsitzenden des Parteitages den Parteivorstand Otto Weis und den Abg. D. P. in L. S. S. S. S.

Denk' daran:

„Wo bleibt der zweite Mann?“

Genosse, einmal Werber sein!
Einmal etwas vöhringen,
um einen Menschen ringen!
Mit der ganzen Kraft deiner innersten Ueberzeugung
ihn entziehen der Raubeit und Müdigkeit!
Einmal zur rechten Zeit
das rechte Wort sagen!
Einmal die Idee
von Mensch zu Mensch tragen!
Einmal heraus aus den Reihen der Masse treten,
einen Einzelgang zu betreten
und freudig daraus hervorgehen!
Wein, Mut, Wille und Weg finden, allein!
Genosse, einmal Werber sein!

Lutt, ein Wirtler.

Aus aller Welt

Brand im Straßburger Rheinhafen

31. Mai. In den Räumen einer Schiffahrtsgesellschaft im Straßburger Rheinhafen brach eine Feuersbrunst aus, die durch Kurzschluss entstand. Der Schaden ist bedeutend.

Schweres Unwetter

Ein schweres Unwetter, das über Berlin und seiner Umgebung katastrophale Verheerungen angerichtet hat, hat die Schweiz in gleicher Weise mit Hagel, Regen und Schauern anerkennend.

Der nasse Tod

Im Baden im Stöckach-Weiler in Mariastapel bei Traisheim starben zwei Mädchen.

Der Goethepreis

Der Goethepreis wurde zu Ehren des Gedächtnisses der Mutter Goethes Frau Riccarda zu Ehren verliehen.

Piccard

Während noch die kleinen Hirne sturer Vögel verflucht, hat den Vorhof der Gestirne schon der erste Mensch gemeistert.

Unten lagert dunkler Schimmel, Patrioten stehen verflucht, droben ist der Weg zum Himmel schon ein Stückchen aufgerissen.

Nationale Adenhüter werden sauer aufgehoben. Und schon brechen Grenzen nieder in dem Reich des Grenzenlosen.

Ja, der Mensch braucht Abenteuer, doch nicht die der Landstreicherei, sondern die am Weltschiff-Siemer: Wagnis auf der Sternensirakel!

Sich hinauf zum Raum der Räume hat das Gas Piccard gezogen und die alten Menschenräume waren ihm vorangeflogen.

Hans Bauer.



Der Ballon des Prof. Piccards auf dem Eis des Großen Gurgler Gerners

31. Mai. Ein Luftkato mit 25 Stahlhelmlenten aus der Gegend, die zur Teilnahme am Stahlhelmtag nach Baden fuhr, wurde in der Nähe von Obkirch von einem Kleinflugzeug erschlagen und geriet in Brand. Zwei Personen getötet, drei schwer und neun leichter verletzt.

31. Mai. Auf der Fahrt von Groß-Urseln nach Hammort, 30. Mai. Auf der Fahrt von Groß-Urseln nach Hammort erlitt der Kraftwagen des Reichspräsidenten einen Unfall an der Kuppelung.

Tragisches Ende eines Ausflugs

31. Mai. Ein Luftkato mit 25 Stahlhelmlenten des Reichspräsidenten wurde bei Nürnberg überfliegen und durch einen Unfall in der Nähe von Obkirch in Brand geriet. Zwei Personen getötet, drei schwer und neun leichter verletzt.

Carol zwischen Jüdin und Antisemitismus

Londoner Berichterstatter des Echo de Paris verzeichnet die Meldung, daß Prinzessin Helene Anweisung erhalten hat, binnen 24 Stunden das Land zu verlassen, und daß die Spannerin der königlichen Familie einen unerträglichem Zustand geschaffen habe.

Die gleiche Berichterstatter verzeichnet das Gerücht, daß Frau Helene in Rumänien weile, offensichtlich den König besuchend, man behauptet sogar, daß ein Dokument bestrebe, auszugeben, daß König Carol und Frau Popescu bereits während der Zeit König Carols die Ehe miteinander eingegangen sei, sich für sich selbst macht.

Geldstrafen

Die gelandeten französischen Flieger

Trier, 30. Mai. Die beiden in Trier gelandeten französischen Militärflieger wurden heute vom Amtsgericht zu 150 bzw. 100 Mark Geldstrafe oder 15 bzw. 10 Tagen Gefängnis verurteilt wegen Verstoßens gegen die Bestimmungen der allgemeinen Bestimmungen des Luftfahrtgesetzes.

Aus dem Gerichtssaal

Unterschlagung

Karlsruhe, 29. Mai. Unter der Anklage wegen Unterschlagung wurde der geschiedene Kaufmann Karl J. von hier und der hiesige Kaufmann J. B. von hier vor der Strafbefehlinstanz des Amtsgerichts. J. wird zur Last gelegt, als Vertreter einer Firma in den Jahren 1928 und 1929 und nach der am 1. März 1929 erfolgten Konkursöffnung als Beauftragter des Konkursverwalters Beträge von rund 3000 Mark einzusetzen, zu behalten und so die Konkursmasse um diesen Betrag zu vermindern. Der Mitangeklagte B. soll als Beauftragter des Konkursverwalters Beträge von 580 Mark bei Kunden einzusetzen und unterschlagen zu haben. Das Gericht erkannte gegen J. auf 10 Wochen Gefängnis und gegen B. auf 150 Mark Geldstrafe, wo er fünf Jahre wegen Diebstahls zu verbüßen hatte.

Bei er hell war, ging er nicht heraus. Hinterher sind die Befreiten alle wieder eingekerkert worden. Ich habe 65 oder 66 Strafen. Da ist nichts dabei. Es kann einer 100 Strafen und doch ein gutes Herz haben. Das finde ich ziemlich ab. Die Mühsaligen kommen alle wieder. Der Richter erwidert ihm, daß das nicht stimmt. Aber dreißig Prozent stellt der Angeklagte unter Hinweis darauf, daß er die Statistik genau kenne, fest, kommen wieder. Er sei ein Beobachter und Denker. Ich war unzufrieden — so unzufrieden, wie Sie da sind. Zuerst habe ich ein Buch geschrieben: „Der gute Erdolm“ und „Der böse Dietrich“. Der, welcher der Bibel nicht folgt, der bekommt mit der weltlichen Bibel, dem Strafgesetzbuch zu tun. Einem Richter hat er einmal eine Scheibe eingeschoren, weil er die erwarteten zwei Großen nicht erhielt.

Vorsitzender: Eine Strafe von vier Wochen ist Ihnen zu hoch? Angeklagter: Ein Bettler bekommt einen Tag und ich soll gleich vier Wochen kriegen? Das ist zu hoch! Vorsitzender: Wenn man betrunken herumbettelt, macht das einen schlechten Eindruck. Im Gefängnis haben Sie ihre Kleider und Schuhe zertrennt.

Angeklagter: Da schaffe ich auch schon dafür. Das Fürsorgeamt sorgt schon dafür, daß ich die Kleider aberdeine.

Vorsitzender: Ich schließe die Beweisaufnahme. Der Staatsanwalt: Ich beantrage, die Strafe von vier Wochen Haft aufrecht zu erhalten und den Haftbefehl nicht aufzuheben.

Vorsitzender: Was meinen Sie dazu? Angeklagter: 14 Tage würden auch genügen. Aber es sind schon 15 Tage herum!

Der Richter verkündet folgendes Urteil: Der Angeklagte wird wegen Betrugs zu 14 Tagen Haft, verübt durch die Unterschlagung, verurteilt. Der Haftbefehl wird aufgehoben. Sie haben die Möglichkeit, gegen das Urteil Berufung einzulegen. Angeklagter: Nein, das mache ich nicht. Strafland verläßt er den Gerichtssaal. Wann wird man ihn wiedersehen?

Die gestohlene Fahne

Im Karlsruhe, 29. Mai. Der 22 Jahre alte Elektromonteur Walter Bauburger von hier und der Dienster Sobann Sped hat hier waren durch Strafbefehl wegen Diebstahls mit 25 Mark Geldstrafe belegt worden. Während Sp. sich der Strafe unterwarf, legte B. Einspruch ein, so daß der Fall vor dem Einzelrichter verhandelt wurde. Die beiden hatten in der Nacht vom 22. auf 23. Juni 1929 die schwarz-rot-goldene Fahne des Arbeiterturnvereins in Kuppure heruntergerissen und mitgenommen. Der Angeklagte erklärte, sie seien damals noch Mitglied des Turnvereins gewesen. Von der Fahne des Stahlhelms bei Gasbachwalden sei eine schwarz-weiß-rote Fahne gestohlen worden. Um sich dafür zu rächen, hätten sie die schwarz-rot-goldene Fahne des Arbeiterturnvereins heruntergerissen. Es bestand die Absicht, den schwarzen Streifen der gestohlenen Fahne wegzunehmen und durch einen gelben Streifen zu ersetzen, um sie als habschische Fahne auf der Stahlhelmhöhe aufzufanseln. Der Schaden in Höhe von 15 Mark wurde durch den Angeklagten dem Turnverein ersetzt. Das Gericht erachtete Sachbeschädigung als vorliegend und sprach gegen B. eine Geldstrafe von fünfzehn Mark aus.

Die Beamteninternationale hat auf einer dieser Tage beim Internationalen Arbeitsamt in Genf stattgefundenen Zusammenkunft gegen die Stimme des hiesigen Vertreters Italiens eine Entschließung angenommen, in der gegen den Abbau der Beamtengehälter protestiert wird. In der Entschließung heißt es u. a.: Die Vertreter der unterzeichneten Verbände behaupten, daß verschiedene Staaten es für notwendig hielten, die Gehälter und den Lebensstandard der Beamten herabzusetzen, um der Wirtschaftskrise entgegenzutreten. Sie sind überzeugt, daß dieses Mittel vollständig ungeeignet ist, die Krise einzudämmen. Sie machen die Regierung und das Internationale Arbeitsamt auf die Gefahr aufmerksam, die in einer Herabsetzung der Kaufkraft der Arbeitnehmer liegt. Als Vertreter der deutschen Beamten nahm an der Konferenz teil Falkenberg für den ADG, Hügel für den DGB, und Wolenske für die Internationale Föderation des Personals in öffentlichen Diensten und Betrieben.

Gewerkschaftliches

Gegen den Abbau der Beamtengehälter

Die Beamteninternationale hat auf einer dieser Tage beim Internationalen Arbeitsamt in Genf stattgefundenen Zusammenkunft gegen die Stimme des hiesigen Vertreters Italiens eine Entschließung angenommen, in der gegen den Abbau der Beamtengehälter protestiert wird. In der Entschließung heißt es u. a.: Die Vertreter der unterzeichneten Verbände behaupten, daß verschiedene Staaten es für notwendig hielten, die Gehälter und den Lebensstandard der Beamten herabzusetzen, um der Wirtschaftskrise entgegenzutreten. Sie sind überzeugt, daß dieses Mittel vollständig ungeeignet ist, die Krise einzudämmen. Sie machen die Regierung und das Internationale Arbeitsamt auf die Gefahr aufmerksam, die in einer Herabsetzung der Kaufkraft der Arbeitnehmer liegt. Als Vertreter der deutschen Beamten nahm an der Konferenz teil Falkenberg für den ADG, Hügel für den DGB, und Wolenske für die Internationale Föderation des Personals in öffentlichen Diensten und Betrieben.

Tarifkündigungen im Ruhrbergbau

ESD, Essen. Der Bergarbeiterverband hat wegen der schlechten Wirtschaftslage den erst am 1. Januar abgeschlossenen Tarif für die technischen und kaufmännischen Angestellten des Ruhrbergbaus zum 30. Juni gekündigt. Zum gleichen Termin wurde bereits das Lohnabkommen für die Bergarbeiter gekündigt.

Freie Vereinigung badischer Krankenkassen e. V.

Der Landesverband Baden des Hauptverbandes Deutscher Krankenkassen e. V., die Freie Vereinigung badischer Krankenkassen, gibt den Geschäfts- und Kassenbericht für die ordentliche 35. Landesversammlung am 6. und 7. Juni d. J. in Singen bekannt. Es wird eingangs darauf hingewiesen, daß die Notverordnungen vom 26. Juli und 1. Dezember n. J. an den Grundlagen der Krankenversicherungen gerüttelt und eine ungeheure Umstellung des Apparates in kürzester Frist gefordert haben. Neben den gesetzlich vorgeschriebenen Forderungen habe die allgemeine Wirtschaftskrise die Lage der Krankenkassen noch erschwert. Wenn auch eine Beitragsenkung zu bewirken sei, so habe sie doch da und dort durch ihren zwangsmäßigen und hemmenden Charakter sehr erschwert und zum Teil katastrophal gewirkt. Immerhin könne gesagt werden, daß in Baden die Verhältnisse noch einigermaßen erträglich sind. Das liegt an der seitherigen allgemeinen guten Finanzpolitik der badischen reichsgeleiteten Krankenkassen. Den Krankenkassen müsse jetzt gesetzgeberisch eine Atempause gelassen werden, es sei denn, es handle sich nur um Erleichterungen und organisatorische Verbesserungen. Gerade in den Zeiten der wirtschaftlichen Krise, so heißt es in dem Bericht, bedürfte es einer gut fundierten Krankenversicherung. Man dürfe nicht vergessen, was die deutsche Krankenversicherung geleistet und wie sie in den schlechten Zeiten für das Volksganze lebensreich gewirkt habe. — Im einzelnen wird mitgeteilt, daß es zu abschließenden Verhandlungen in der Artfrage noch nicht gekommen sei. Inzwischen hat die Notverordnung vom 26. Juli 1930 neue gesetzliche Bestimmungen in das Verhältnis zu den Ärzten gebracht. Neu ist die Schadenersatzpflicht des Arztes. Die Einrichtung des Vertrauensarztsystems ist gesetzlich zu einem Zwang geworden. Die erweiterten verschärften Bestimmungen werden von der ärztlichen Organisation heftig angegriffen. Kassenfonds steht man ihnen insofern kritisch gegenüber, als sie durch den formalen bürokratischen Wesen praktisch schwer in die Tat umzusetzen sind. Durch die Lage im Reich konnten auch für Baden bezüglich Wenderungen des Kassenärztlichen Landesvertrages keine abschließenden Verhandlungen erzielt werden. Die Bestrebungen geben im Artabbau darauf hinaus, eine stärkere Zulassungssperre einzuführen. In Baden bestehen als vereinbarte Gebührenordnung die Mindestsätze der preußischen Gebührenordnung. Die Ärzte haben für Baden seinerzeit einen Zuschlag zu den Gebührenhöhen wegen Einführung der Gewerbesteuer verlangt. Dieser Antrag ruht noch beim Vertragsausschuß. Im gegenwärtigen Zeitpunkt wird, wie der Bericht sagt, keine Instanz die Verantwortung übernehmen wollen, die ärztlichen Gebührensätze zu erhöhen. Im Jahre 1929 betrug das Durchschnittseinkommen pro Kassenarzt 11 026 RM. In den vertraglichen Beziehungen zu den Zahnärzten und Dentisten sind keine Wenderungen eingetreten. Der Bericht äußert sich dann über die Abgabe der Arznei und Heilmittel, über die Krankenhauspflege, Anstaltskassen und ufm., ferner über die anderen Zweige der Sozialversicherung. Was die finanziellen Auswirkungen der Notverordnungen anlangt, ist die Zeit noch zu kurz, um feststellen zu können, ob auf die Dauer eine Senkung der Lasten eintritt. Nebenfalls geht nach dem Bericht die Lastenentlastung in der Hauptfrage auf Kosten der Versicherten. Die Zahl der Krankheitsfälle ist wohl im Durchschnitt zurückgegangen, aber der Betrag pro Fall hat sich dafür erhöht.

Am 1. Januar 1931 waren dem Landesverband angeschlossene: 39 Ortskrankenkassen mit 411 850 Versicherten, 6 Betriebskrankenkassen mit 8930 Versicherten, 3 Innungskrankenkassen mit 3566 Versicherten, 1 Knapenschaftskrankenkasse mit 633 Versicherten, zusammen 49 Krankenkassen mit 425 379 Versicherten. Aus einer vergleichenden Uebersicht ist zu ersehen, daß die Verwaltungskosten gegenüber 1914 nicht die Steigerung erfahren haben, wie die anderen Leistungen. Dabei sind den Kassenverwaltungen in der Nachkriegszeit weitere Aufgaben überwiesen worden, die dem eigentlichen Zweck der Krankenversicherung nicht dienen.

MAGGI'S billigert!

SUPPEN

1 Würfel nur noch 10 Pfg.

Rasier-Klingen

10 Stück 50 Pfennig, Höchstleistung an Preiswürdigkeit!

Das Beste, das in dieser Preislage geboten werden kann, da vom Fachmann. Erprobte Klingen aller Preislagen stets frisch einliefernd.

Kratz

Seitinger Spezialist
Waldstraße 41
ebenüber d. Hofapotheke

Die Polizei berichtet:

Tödlicher Verkehrsunfall

Am Samstagabend etwa um 9 Uhr ereignete sich etwa 800 Meter südlich des Ortsausgangs Grünwinkel ein schwerer Verkehrsunfall, dem ein junges Mädchenleben zum Opfer fiel. Ein in voller Fahrt aus Richtung Dornheim kommender Motorradfahrer, der, wie Zeugenaussagen ergeben haben, sein Fahrzeug nicht beleuchtet hatte, prallte in dem Augenblick mit einem Personenkraftwagen zusammen, als dieser im Begriff war, einen an der rechten Straßenseite haltenden Kraftwagen zu überholen. Der Motorradfahrer stieß mit voller Wucht auf den linken Kotflügel des ihm entgegenkommenden Personenkraftwagens auf und erlitt dabei erhebliche Verletzungen an Brust und Kopf, daß der Tod sofort eintrat. Zur völligen Klärung der Schuldfrage sind noch Erhebungen im Gange. Der Verunglückte ist der 21 Jahre alte Alfred Mohr von hier.

Verkehrsunfälle

Eda Schwarzwald- und Maria-Alexandra-Strasse stieß am Samstagabend ein aus Richtung Rippurt kommender Kraftwagen mit einer 14 Jahre alten Radfahrerin, die in westlichlicher Richtung durch die Maria-Alexandra-Strasse fuhr und anscheinend kurz vor dem Kraftwagen die Schwarzwaldstraße überqueren wollte, zusammen. In dem Bestreben, der Radfahrerin noch auszuweichen, fuhr der Kraftwagen auf einen Hochspannungsmast auf, dessen Seil er stark beschädigt wurde. Die Radfahrerin mußte mit einer erheblichen Kopfwunde und starken Hautabwürfen ins Krankenhaus verbracht werden. Die Schuldfrage bedarf noch der Klärung.

Am Samstagabend ereigneten sich noch einige weitere leichte Verkehrsunfälle, bei denen nur leichter Sachschaden entstand. In einer Gießerei in Durlach kam ein Arbeiter mit dem Kopf einer elektrischen Stahlfabrikation zu nahe. Er löste von einer Leiter und so sich am rechten Arm eine stark blühende Wunde, sowie eine Verletzung des Hüftgürtels am linken Fuß zu.

Diebstähle

Am Samstagabend erkrankte eine Sekretärin aus Malsch die Anzeige, daß ihr in einem kleinen Kaufhaus ihre Handtasche mit Inhalt im Gesamtwert von etwa 98 Mark abhandelt worden sei. Eine Stenotypistin von hier sei ebenfalls auf einer Polizeiwache den Verlust ihrer Handtasche im Werte von 23 Mark nebst 65 M Inhalt in barem Geld, welche Gegenstände ihr in einem kleinen Kaufhaus gestohlen worden seien, an.

Selbsttötung

Am Sonntag mittag hat sich auf dem hiesigen Friedhof ein 71 Jahre alter Kaufmann von hier mit einem Revolver einen Schuß ins Herz beigebracht, der den sofortigen Tod herbeiführte. Wie aus einem hinterlassenen Schreiben hervorgeht, hat der Lebensmüde die Tat aus wirtschaftlicher Not begangen.

Kaufsektion, großer Anflug

Wie am Samstag, so mußte auch die Polizei gestern in einer Anzahl von Fällen wegen Trunkenheit, Kubelstörung und großen Unflats einschreiten.

27. Haupt- und Mitgliederversammlung des Verkehrsvereins

Am Freitag, 22. Mai, nachmittags 4 1/2 Uhr, fand im Anschluß an die Sitzung des Hauptausschusses die 27. ordentliche Mitglieder- und Jahreshauptversammlung des Verkehrsvereins Karlsruhe e. V. im oberen Gartenlokal des Biergarten-Restaurants statt. Der 1. Vorsitzende, Verbanddirektor Seetzel, eröffnete die Versammlung und begrüßte die Anwesenden.

Zum 1. Punkt der Tagesordnung erkrankte Verbanddirektor Seetzel den Jahresbericht des Verkehrsvereins für das Rechnungsjahr 1930/31. Aus seinen interessanten Ausführungen machten wir folgendes hervorzuheben: Die wirtschaftlichen Verhältnisse haben auch den Verkehrsverein in mangelhafter Hinsicht betroffen. So ist z. B. ein Abbau innerhalb des Verkehrsvereins notwendig gewesen. Abgesehen von zwei Hauptversammlungen und zwei Hauptausstellungen fanden während des vergangenen Rechnungsjahres etwa 14 Tage Vorstandssitzungen statt mit insgesamt rund 1000 Besessenen.

Die literarische Betätigung war im vergangenen Jahre ebenfalls eine. Alle legenden zu erlassenden Mitteilungen sind demnach worden, um für die Fremdenstadt Karlsruhe im In- und Ausland Propaganda zu machen. Die Propaganda im Reich und Ausland ist gleichfalls in erheblichem Umfange betrieben worden. Ergänzt wird die literarische Propaganda durch die amtliche Vereinszeitung „Karlsruher Wochenblatt“, die neben den regelmäßig erscheinenden Heften mit einzelnen Sondernummern zum „Wahner Heimattag“, zum „Karlsruher Jubiläum“ herauskam. Zeitgenössische Ereignisse der Fremdenstadt sind ebenfalls in den Heften in bester Weise von der Redaktionsgasse gebracht worden. Die Druckkosten-Propaganda im letzten Rechnungsjahr war im wesentlichen auf den „Wahner Heimattag“ abgestellt. Hierbei wurden ausgegeben: 8000 Programmen und Kunstblätter, 35 000 Briefchenprogramme, 5000 endgültige Programme und 5000 Werbeplakate. Für die nächste Zeit steht eine Reihe neuer Werbemaßnahmen bevor. In erster Reihe ist ein großes Reklamaplatz vor der Landesbauhütte in Rastatt-Karlsruhe geplant. Die bedeutendsten Nacharbeiten, wie Helberberg und Baden-Baden, werden darauf schon ernstlich sein, ebenso das Massiv des nördlichen Schwarzwaldes. Wegen der beschränkten Geldmittel mußten verschiedene weitere geplante Vorhaben (Projekt über die Barockstadt Karlsruhe, Kunstfestprojekt, topographische Volkarte u. a.) zurückgestellt werden. In seinen letzten Ausführungen ging Verbanddirektor Seetzel vom Standpunkt der allgemeinen Bedeutung unserer Stadt auf die Entwicklung innerhalb der Karlsruher Industrie ein. Auf dem Gebiete der Kunst und des kulturellen Lebens in Karlsruhe ist im vergangenen Jahre durch die rührigen Betreibungen der hiesigen Künstler (Landesbühnen, Kunstschule, Landesmuseum, Hochschule für Musik usw.) mancher erfreulicher Schritt getan worden. Hinsichtlich der Liebertragungen durch den Bund hat man von Karlsruhe aus zwar noch mangelnde berechtigende Wünsche, doch ist es in letzter Zeit gelungen, auch hier mehr als früher einheimischen Darbietungen das Feld zu erobern.

Nach wie vor sind die Bemühungen des Verkehrsvereins auf eine Verbesserung der einheimischen Verhältnisse gerichtet. Er hat es an Anträgen dieser Art auch im vergangenen Jahre nicht fehlen lassen. Das gilt insbesondere von der Antikontamination öffentlicher Gebäude und Anlagen. Verbanddirektor Seetzel dankt der Stadt für die energische und zielbewusste Förderung des Wohnungsbaus. Der Verkehrsverein vertritt mit Interesse die Ausarbeitung des städtischen Projektes für die Klärung des alten Bahndorfgeländes (Großmarkthalle) und die Inangriffnahme der Projektarbeiten für die Sanierung der Kläranlage. Er tritt bezüglich der Entlastung der Kaiserstraße für den geplanten Durchbruch der Amalienstraße ein.

Am Abend nach der Versammlung ist der Verkehrsverein bei jeder Gelegenheit für die Interessen der Landesbauhütte eingetreten. Ihm sind im neuen Sommerplan verschiedene Verbesserungen und Neuerungen zu verzeichnen, aber alle und neue Wünsche dürfen noch der Erfüllung. So sind neuerdings u. a. beantragt eine durchgehende Ein-

gangsverbindung nach Norddeutschland in Verbindung mit E 95/71 Karlsruhe-Hamburg, und die Einlegung eines Güterpaars nach München. Im nächsten Umkreis der Landesbauhütte ist der Verkehrsverein besonders an Verbesserungen auf der Schwarzwaldbahn (jährliche Abrechnung der D 154/155) sowie an der Einführung durchgehenden Verkehrs auf der Rastatt- und der Rastatt-Hausenbahn interessiert. Dringende Bitte wird an die Reichs- und Landesregierung in Bezug auf die baldige Ausführung einer festen Rheinbrücke bei Rastatt gestellt. Die Personenschiffahrt der Köln-Düsseldorfer Rheindampfschiffahrt auf dem Rhein bei und von Karlsruhe hat sich auch im vergangenen Jahr dank der Herabsetzung des Verkehrspreises und der Unterhaltung des hiesigen Hafensamts sehr günstig entwickelt.

Für den großartigen Ausbau der Kraftposten im Rad- und Fernverkehr mit Karlsruhe spricht der Verkehrsverein der Oberpostdirektion Karlsruhe seine Anerkennung aus. Der Verkehr, die geplante internationale Automobilfernstraße KARLSRUHE von Karlsruhe über Pforzheim und Birmensdorf in die Schweiz abzugeben, ist durch eine vom Verkehrsverein eingeleitete großartige Aktion abgeschlossen worden. Im Flugverkehr war es leider nicht möglich, die vorgeschlagene und beständigere D. R. West-Verbindung 52 (Paris-Zürich-Bräunlingen-Karlsruhe-Entlingen-München-Wien) für Karlsruhe zu erhalten.

Das vergangene Jahr mit seinem gehetzten Fremdenverkehr brachte auch wieder eine namhafte Zahl von Tagungen. An erster Stelle (insgesamt 52 von weitestgehender Bedeutung), Karlsruher (insgesamt 10 mit diesem Standort) und sonstige Verkehrsverbände (insgesamt 22 größere Vorversammlungen) nach Karlsruhe. Im Mittelpunkt stand das große Ereignis des „Wahner Heimattag“ am Sonntag den 22. Mai. Die diesjährigen „Karlsruher Herbsttage“ werden nach wie vor von dem Verkehrsprogramm mit einer kulturellen „Wahner Woche“ und einer „Verkehrs-Woche“ im erfreulichen Maße wieder abgelesen sein. Die weitere Kulturarbeit der Fremdenstadt auf Karlsruhe zu lenken. Zum Schluß seiner Ausführungen dankt der Verkehrsverein auch dem Vorstand der Fremdenstadt 1930 für sein umfängliches Engagement betrachtet werden, als Karlsruhe damit an die vierde Stelle der Fremdenstädte in Baden gerückt ist und zum ersten Male das Vorkriegsmaß seines Fremdenverkehrs überschritten hat. Trotz der schweren Zeit, so schloß der Referent seinen Bericht, muß von allen Seiten mitgeholfen werden, auch weiterhin mit bereitwilligem Optimismus die Aufgaben zu erfüllen, die der Verkehrsverein zum Ziele einer gelunden Weiterentwicklung unserer Stadt sich zur Pflicht gemacht hat. In diesem Sinne dankte der Verkehrsverein auch allen unmittelbaren Beteiligten, insbesondere den Mitgliedern, Ausschüssen und dem Gesamtvorstand des Verkehrsvereins, dessen gesamtamt Personal, ferner der Stadt Karlsruhe, den Behörden und der Presse, für ihre wertvolle Mitarbeit und Unterstützung.

Im weiteren Verlauf der 27. ordentlichen Mitgliederversammlung des Verkehrsvereins am Freitag erkrankte Generaldirektor Wolf den Bericht über die Tätigkeit des Verbandes ab. Der Vorsitzende dankte ihm für einen Bericht, der in dem Maße die einzelnen Mitglieder, die jedes in seinem Wirkungs- und Bekanntheitsbereich durch persönliche Werbung alles beitragen sollten, um neue Kräfte für das Fundament der Verkehrsvereinsarbeit zu gewinnen.

Als nächster Punkt der Tagesordnung gelangte die Jahresrechnung 1930/31 zur Verhandlung. Nach dem Bericht des Kassiers M. und S. hatte die Kasse des Verkehrsvereins einen Gesamtsaldo von etwa 750 000 Mark, wovon ein erheblicher Teil auf durchlaufende Posten für Vorarbeiten, Bezahlung von Reisen und Posten und dergl. entfällt. Der „Wahner Heimattag“ schloß glänzend ab. Dem Kassier sowie dem Gesamtvorstand wurde von der Versammlung in allen Teilen Entlohnung ausbezahlt.

Der 1. Vorsitzende, Verbanddirektor Seetzel, stellte dann den Beschlüssen für das neue Rechnungsjahr 1931/32 zur Debatte. Der der Versammlung im Rastatt vorgeschlagene Voranschlag, der mit rund 40 000 Mark Ausgaben als reine Arbeitsausgaben abschließt, fand einstimmige Annahme.

In der Ausschüsse ergriff das Wort Vorstandsvorsitzender Lorenz zu ausführlichen Darlegungen über die Konzeptionsverhältnisse im Stadtbauwesen. Der Referent übte Kritik an dem bestehenden Zustande.

Da weitere Diskussionsfragen nicht mehr gemeldet waren, schloß Direktor Seetzel nach zweifelhafter Verhandlung die ordentliche Hauptversammlung.

Vorläufige Wettervorhersage der Badischen Landeswetterwarte

In der Nacht zum Samstag zum Sonntag zeigen wiederum schwere Gewitter über Baden, die weiteren Temperaturrückgang brachten. Nach dem vor der Tagung erfolgten ersten Einbruch maritimem Luft haben die tagsüber vorübergehenden Gewitterfronten die ursprünglich außerordentlich hohe Temperatur allmählich soweit herabgedrückt, daß jetzt ausgesprochen kühles Weltwetter herrscht. Schon gestern hatten wir größtenteils regnerisches Wetter. Wetterausblick für Dienstag, 2. Juni: Veränderlich und kühl bei frischen westlichen Winden, frühweiche Gewitterregen.

Wasserstand des Rheins

Hofel 210, Waldsüd 397, Schußertinsel 278, Reßl 410, Maxau 611, Mannheim 543 Seentimeter.

Tageskalender der Sozialdem. Partei Karlsruhe

Referenten-Konkurs

Heute Montagabend 8 Uhr im Sanatoriumslokal der Hebeschule Fortsetzung des Referenten-Konkurses. Jeder beliebige Teilnehmer erscheinen!

Arbeitsgemeinschaft sozialistischer Lehrer

Am Mittwoch, 3. Juni, nachmittags 5 Uhr, Monatszusammenkunft im Volkshaus.

Franzengruppe Oststadt

Die Genossinnen und Teilnehmerinnen an den Lesenden treffen sich heute Montagabend 8 Uhr im „Bernhardshof“.

Vereinsanzeiger

Karlsruhe.
Freie Turnerschaft. Heute abend 9 Uhr Mitteilerversammlung in der Gumbertushalle. 4723
Tag der Arbeit. Dienstag, 2. Juni, abends 7.30 Uhr, Sitzung des Arbeitersauschusses im Volkshaus. Volksablässe erscheinen erforderlich. 4696
Sprechchor zum Tag der Arbeit. Solistendebüt: Dienstag, 2. Juni, abends 8 Uhr, Volksfreundredektion, Chor und Solisten Donnerstag, 4. Juni, und Sonntag 7. Juni, jeweils morgens von 7 bis 9 Uhr auf dem Freien-Turner-Platz. 4719

Alle 2 Monate wird die große Volkswohl-Lotterie mit 430 000 M. Gewinnen gezogen, Lospreis nur 1.- M., Höchstgewinn 150 000 M. Die nächste Ziehung findet vom 17. bis 23. Juni statt. Sieht einige Zeit vor der Ziehung sind die Lose ausverkauft. Wir empfehlen die Lose auf das heutige Anrecht der Firma Stürmer, Mannheim, O 7, 11 (früher Straßburg i. G.).

Kraftfahr-Vorschriften für Karlsruhe

Erden erschienen: Die Straßenpolizeiordnung vom 2. Januar 1930 mit Ergänzungen unter Berücksichtigung der Kraftfahrzeugverordnung der Badischen Straßenverkehrsordnung und der bad. Rechtsprechung von Dr. Fritz Oppenheimer, Rechtsanwalt in Karlsruhe. Verlag G. Braun, Karlsruhe-Friedrich-Strasse 14. Preis 2.40 RM.

Inhaltsverzeichnis: 1. Literaturverzeichnis und Abkürzungen — 2. Einleitung — 3. Geltungsbereich der Straßenpolizeiordnung — 4. Sorgfaltspflicht, Vorsichtspflicht — 5. Befugnisse der Polizeibeamten — 6. Fußgängerverkehr — 7. Rechtsfahr — 8. Einbahnstraßen — 9. Fahrbahn — 10. Lieberhöfen — 11. Wenden — 12. An- und Abfahrt — 13. Fahrbahn und öffentlichen Gebäuden — 13. Parken und Parkplätze — 14. Geschwindigkeitsbegrenzung — 15. Befugnisse von Kleinrenten — 16. Vorfahrtsrecht — 17. Besondere Einzelvorschriften für den Fußgängerverkehr — 18. Kraftfahrverkehr — 19. Ein- und Ausfahrt aus Grundstücken — 20. Straßenpforten und Verkehrsüberführung — 21. Straßenvorschriften — 22. Anhang — a) Kraftfahrzeugverordnung (Auszug) — b) Fahrerlaubnis — Verantwortlichkeit für Verkehrssicherheit des Fahrzeuges und Ladung — Vermeidung von Geräusch, Rauch usw. — c) Befugnisse — d) Warnungsschildern — e) Haltepflicht bei Gefahr — f) Einlegen — g) Ausweichen — h) Fahrtrichtungszeichen — i) Gesetz über den Verkehr mit Kraftfahrzeugen (Auszug) — Strafbestimmungen.

Das Buch ist für die Praxis bestimmt. Der Verfasser behandelt in eingehender und wissenschaftlicher Weise, ausgehend von der Karlsruher Straßenpolizeiordnung, alle wichtigen Fragen des Kraftverkehrsrechts, wie das Vorfahrtsrecht, Hauptverkehrsregeln, Sorgfaltspflicht, Lieberhöfen, Wenden, Wenden der Fußgänger usw. Im Interesse der Lieberhöfen ist die dazu gehörigen Bestimmungen der Kraftfahrzeugverordnung und der badischen Straßenverkehrsordnung dazu noch angeführt. Von besonderer Bedeutung ist es, daß der Verfasser weitgehend die für Baden besonders wichtige Rechtsprechung des badischen Oberlandesgerichts berücksichtigt. Die örtlichen Bestimmungen in Baden sind überall deutlich wie in Karlsruhe. Für jeden Juristen und Kraftfahrer, der sich somit für das wichtige Gebiet des Kraftverkehrsrechts in Baden anschauen will, dürfte daher dieses Buch unentbehrlich sein.

Gemeindepolitik

Gemeinderatsbeschlüsse

Grünwettersbach (Sitzung vom 27. Mai)

1. Am Montag, 1. Juni, findet Schweineabschlachtung statt. Als Käufer wurden bestimmt Gemeinderäte Berger, Höger und Kraas. 2. Die doppelte Bier- und Bürgersteuer wird abgelehnt. 3. Die Allmenddarstellung wird genehmigt. 4. Bürgerausstellung findet am Mittwoch, 3. Juni, abends 8.30 Uhr, statt.

Veranstaltungen

Montag 1. Juni:
Badisches Landestheater: Julius Caesar. 8.30 Uhr.
Konzertabend: Meine Frau das Fräulein.
Badische Lichtspiele: 2000 Meilen unter dem Meer. 10.30 Uhr.
Gloria-Theater: Hochzeitsfest. Der schwarze Peter.
Kammer-Theater: Wien, du Stadt der Lieder.
Hof-Theater: Er und seine Schwester.
Union-Theater: Ich betraute meinen Mann.
Schauburg: Drei Tage Mittelalter.
Zum Reiterer: Köstliche Konzerte. 5-7 und 8-12 Uhr.

Veranstaltungen: Georg Schöpflin, Verantwortlich: Volpert, Freinacht Baden, Volkswohl-Lotterie, Aus aller Welt, Letzte Nachrichten: E. Schmidmann, Baden; Gemeindepolitische Nachrichten, Partei, Kleinbadische Chronik, Aus Mittelbaden, Durlach, Gersheim, Neustadt, Die Welt der Frau: Hermann Winter, Groß-Karlsruhe, Gemeindepolitik, Soziale Rundschau, Sport und Spiel, Sozialistisches Jugendblatt, Heimat und Wandern, Ankünfte: Josef Giese, Verantwortlich für den Angehörigen: Graf und Verlag, Schmalde, monatlich in Karlsruhe in Baden, Druck und Verlag: Verlagsgesellschaft des Volksfreunds G.m.b.H., Karlsruhe.

Leichte Sommerkleidung

zu außerordentlich billigen Preisen

Voile-Kleider	24.90 19.50 16.50	8.75
Bedruckte kunsts. Kleider	12.50 9.50 7.50	3.50
Mod. Sportkleider	9.50 6.75 4.50	2.90
Die beliebtesten Sport-Blusen	10.75 7.50 4.50	2.90
Mädchen-Wasch-Kleider	7.80 5.50 3.75	1.50
Spielanzüge, Russenkitel, Hängerkleider	1.75 1.25 - .95	-.65
Knaben-Wasch-Anzüge (Kleiderform)	9.75 7.50 5.75	3.75
Herr. Lüster- u. Tussorjoppen	18.50 14.50 9.50	7.50
Herrn-Flanell-Hosen	12.50	9.50
Herrn-Sport-Hemden mit Krawatte, in blau und beige	6.25	4.90

Trachtenhosen, Trachtenjoppen, Waschjoppen, Sporthosen und -Blusen, Aermellose Pullover in größter Auswahl

Bade-Anzüge reine Wolle	3.75 7.50 5.75	3.75
Bade-Mäntel moderne Muster	19.50 16.50	8.50
Bade-Tücher ca. 100x150	12.50 7.50 6.50	3.75
Wasch-Kunstseide bedruckt	1.50 1.25 0.95	-.50
Bedruckt Voll-Voile Meter	2.75 2.35	1.50
Seiden-Leinen Die Mode-Neuheit für das sportliche Kleid in Pastellfarben	2.99 1.99	1.60
Bemberg-Georgette ca. 100 cm breit, in prachtvollen Blumenmustern	5.75 4.90	3.75
Doupin der Modestoff der Saison	3.25 2.75	1.90

Carl Schöpf

